

10./I. 1919

18

## Ein Notschrei der Industrie.

Von Kommerzialrat U. v. Harple.

Knapp zwei Monate bestehen die deutsch-österreichische Republik und ihre Regierung, aber was haben uns diese statt erhoffter Freiheiten für unerträgliche Behinderungen gebracht!

Die während des Krieges entstandenen Erschwernisse für den Handel, die Industrie und das Gewerbe wurden leider nur verschärft, trotzdem man reichlich hätte die Erfahrung machen können, daß dieser Weg der falsche ist und nur den unaufhaltsamen Rückgang aller Erwerbstätigkeit herbeiführen muß.

Durch die Verschärfung der Steuereinkünfte und durch fortwährende Erhöhung der Steuern allein erreicht man keine Gesundung der Verhältnisse, im Gegenteil, man vernichtet die Steuerkraft der produktiven Stände und wird bald keine Steuerträger mehr haben. Im Jahre 1917 war noch Kriegskonjunktur, und die Erträge waren noch verhältnismäßig groß; nun müssen aber die auf Grund dieser Erträge für 1918 vorgeschriebenen Steuern auch für 1919 vorausbezahlt werden, unbekümmert darum, daß das Jahr 1918 schon, wenn überhaupt, so doch bedeutend geringere Erträge ergeben hat. Auf diese Art werden die Steuerträger ihrer Vermittel beraubt, sie werden gezwungen, Gläubiger des Staates zu werden, ohne Hoffnung, ihr Geld je wiederzusehen, denn was der Fiskus einmal hat, gibt er nicht wieder her. Der Trost, daß der bezahlte Mehrbetrag für spätere Steuern gutgeschrieben wird, ist ein sehr schwacher, denn es ist für einen Geschäftsmann nicht gleichgültig, ob er Steuern gleich für ein paar Jahre vorausbezahlen muß oder nicht. Am ärgerlich ist dies bei der nichtkontingentierte Erwerbsteuer, weil man bei dieser die Vorschreibung für die im Jahre 1918 zu zahlende Steuer im besten Falle erst Ende 1919 erhalten wird. Dadurch nimmt man den Geschäftsleuten die Mittel, ihre Betriebe überhaupt wieder aufnehmen zu können, denn hierzu werden größere Summen notwendig sein.

Durch das Steuerfluchtgesetz wird es jenen Industriellen, die ihre Betriebe in den neuen Staaten auf dem ehemaligen Territorium der Monarchie haben, wohl fast unmöglich sein, ihre Fabriken mit Rohmaterial zu versehen, Gelder für Löhne usw. anzuzweifen; denn wegen jeder solchen Anweisung bei der Steueradministration wieder neu nachzuweisen, daß 30 Prozent des Vermögens im Inland verbleiben, damit man die Erlaubnis bekommt, sie vorzunehmen, das ist eine Plackerei, die einer Betriebshemmung gleichkommt. Diese Industriellen werden daher gezwungen sein, entweder ihre Fabriken zu verkaufen oder trotz aller Hindernisse auszuwandern, um sich in dem anderen Staate die Mittel zur Weiterführung ihrer Betriebe zu schaffen. In beiden Fällen wird dann der Hauptanteil der Steuerleistung für Deutschösterreich verloren gehen.

Eine furchtbare Plage für jene Fabrikanten, die über in ihre Fabriken reisen müssen, sind auch die immer ärger werdenden Pakvorschriften! Die jetzigen Zustände sind ja fast schon so arg wie vor dem Jahre 1848! Dazu kommen noch die unnötigen Schikanen der Gepäckrevision; um einen Koffer von 25 Kilogramm als Passagiergut aufgeben zu können, braucht man schon eine Bewilligung des Staatsanwaltes für Finanzen, wenn man nicht Gefährlich sein will, daß der Koffer an der Grenze von den Wachmannschaften weggenommen wird. Und das soll man sich als „freier“ Bürger einer Republik gefallen lassen!

Darum möchte ich unserer Regierung zurufen: Befreit uns von diesen wirtschaftlichen Sklavensketten, denn auf diese Art wird Deutschösterreich gänzlich zugrunde gerichtet, bevor es noch recht geboren ist.

Über bald, denn es ist schon fast zu spät!